

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD

– Drucksache 20/8166 –

Chinesische Studenten in Deutschland im Zusammenhang mit der Anrechnung von Studienplatzkosten als Official Development Assistance und vor dem Hintergrund chinesischer Einflussnahme

Vorbemerkung der Fragesteller

Ein Großteil der ODA (Official Development Assistance)-Leistungen der Bundesländer entfällt auf die Übernahme von Studienplatzkosten für Studenten aus sogenannten Entwicklungsländern, zu denen auch die Volksrepublik China gerechnet wird. Bundesweit betragen die von den Bundesländern übernommenen Studienplatzkosten knapp 1,5 Mrd. Euro für das Jahr 2020 (www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Entwicklungszusammenarbeit/Tabellen/odal-leistungen-der-bundeslaender-2020.html; abgerufen am 7. März 2023).

Die Volksrepublik China ist das Hauptherkunftsland ausländischer Studenten an Hochschulen in Deutschland (Stand: Wintersemester 21/22, de.statista.com/statistik/daten/studie/301225/umfrage/auslaendische-studierende-in-deutschland-nach-herkunftslandern/; abgerufen am 7. März 2023).

Die Öffnung Chinas für das Studium deutscher Studenten in der Volksrepublik findet nicht im gleichen Maße wie die Öffnung westlicher Universitäten für chinesische Studenten statt. Beispielsweise konnte ein Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes 2018 sein Studium an der Tsinghua Universität in Peking wegen seines im Rahmen eines Seminars entstandenen Filmes zum Thema chinesischer Menschenrechtsanwälte nicht fortsetzen (vgl. www.deutschlandfunk.de/daad-stipendiat-china-weist-studenten-wegen-kritischer-100.html; abgerufen am 7. März 2023). Die Freiheit von Forschung und Lehre ist in der Volksrepublik China sowohl in der Realität als auch auf dem Papier stark eingeschränkt (vgl. hierzu die Ausgestaltung von Universitätschartas in China zugunsten einer uneingeschränkten Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas und der Revidierung von Bezugnahmen zur Gedankenfreiheit, www.npr.org/2020/01/20/796377204/chinese-universities-a-re-enshrining-communist-party-control-in-their-charters; abgerufen am 7. März 2023).

Loyalität erwartet die Kommunistische Partei Chinas auch von chinesischen Studenten, die im Ausland studieren. Sie sind nach Zeitungsberichten aufgefordert, in stetem Kontakt mit der chinesischen Botschaft oder dem Konsulat

zu bleiben. Die Kontrolle des chinesischen Staates über Stipendiaten des China Scholarship Councils ist besonders ausgeprägt (www.sueddeutsche.de/bildung/chinesische-studenten-an-deutschen-unis-umworben-und-gefuerchtet-1.2195527; abgerufen am 10. März 2023, und vgl. www.dw.com/de/wie-china-seine-top-studenten-in-deutschland-kontrolliert/a-64895554; abgerufen am 10. März 2023). Chinesische Auslandsstudenten werden demnach durch die Kommunistische Partei überwacht und zu Aktivitäten im Sinne der Kommunistischen Partei angehalten, inklusive dem Ausspionieren ihrer chinesischen Kommilitonen. Es kommt zur Bildung von Zellen der Kommunistischen Partei an westlichen Campus. Offenbar entsenden die chinesischen Heimuniversitäten der chinesischen Auslandsstudenten auch Lehrer, die ihren Studenten im Ausland „ideologische Führung“ bieten sollen (vgl. foreignpolicy.com/2018/04/18/the-chinese-communist-party-is-setting-up-cells-at-universities-across-america-china-students-beijing-surveillance/; abgerufen am 10. März 2023).

Absolventen chinesischer Militärschulen sind grundsätzlich für den Hochschulzugang in Deutschland qualifiziert (www.aps.org.cn/studium-in-deutschland/zugangsvoraussetzung; abgerufen am 10. März 2023).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Aufgrund der föderalen Kompetenzverteilung liegt die Zuständigkeit für die Hochschulen grundsätzlich bei den Ländern. Für die Planung von Studiengängen und die Aufnahme ausländischer Studierender an den Hochschulen in Deutschland sind die Länder und die Hochschulen selbst zuständig.

Die Bundesregierung betont in der China-Strategie (S. 29 ff., www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/asien/china-strategie/2607934) die Bedeutung von internationaler Wissenschaftskooperation und werte- und interessengeleiteten Wissenschaftsbeziehungen, steht mit den Bundesländern dazu in regelmäßigem Austausch und unterstützt die Hochschulen durch gezielte Sensibilisierungs- und Beratungsangebote.

1. Wie viele chinesische Studenten studieren nach Kenntnis der Bundesregierung nach aktuellem Stand an Hochschulen in Deutschland?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/statistischer-bericht-studierende-hochschulen-endg-2110410237005.xlsx) waren 42 541 Studierende aus China zum Wintersemester 2022/23 an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

2. Wie viele der chinesischen Studenten, die nach aktuellem Stand an deutschen Hochschulen studieren, sind nach Kenntnis der Bundesregierung Absolventen chinesischer Militärschulen?
3. Wie viele der chinesischen Studenten, die nach aktuellem Stand an deutschen Hochschulen studieren, sind nach Kenntnis der Bundesregierung Angehörige oder ehemalige Angehörige der Volksbefreiungsarmee Chinas?

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet.

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Die Bundesregierung erhebt hierzu keine Daten.

4. Wie viele ausländische Studenten studieren nach Kenntnis der Bundesregierung nach aktuellem Stand an Hochschulen in Deutschland?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/statistischer-bericht-studierende-hochschulen-endg-2110410237005.xlsx) waren 458 210 ausländische Studierende zum Wintersemester 2022/2023 an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

5. Auf welche Summe belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die von den Bundesländern übernommenen Studienplatzkosten für ausländische Studenten nach aktuellem Stand (bitte insgesamt und ODA-fähigen Anteil ausweisen)?
6. Welche Summe der von den Bundesländern übernommenen Studienplatzkosten für ausländische Studenten entfällt nach Kenntnis der Bundesregierung nach aktuellem Stand auf den Anteil chinesischer Studenten (bitte insgesamt und ODA-fähigen Anteil ausweisen)?

Die Fragen 5 und 6 werden zusammen beantwortet.

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamts betragen im Berichtsjahr 2021 die Kosten für ausländische Studierende aus Entwicklungsländern in Deutschland 1,881 Mrd. Euro. Davon waren 1,669 Mrd. Euro ODA-anrechenbar.

Die Kosten für Studierende aus China in Deutschland betragen 375,1 Mio. Euro im Berichtsjahr 2021. Davon waren 307,5 Mio. Euro ODA-anrechenbar.

Auf die Vorbemerkung wird im Übrigen verwiesen. Die Kosten für alle ausländischen Studierenden liegen im Rahmen der Geschäftsstatistik zu den öffentlichen und privaten Entwicklungsleistungen nicht vor und werden von der Bundesregierung nicht erhoben.

7. Wem ist es nach Kenntnis der Bundesregierung unter welchen Voraussetzungen erlaubt, in der Volksrepublik China ein Studium aufzunehmen?
Welche Rolle spielt hierbei nach Kenntnis der Bundesregierung die Nähe zur oder Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Chinas?

In China qualifiziert der Abschluss einer weiterführenden Schule („Gaokao“ – vergleichbar mit den Abiturprüfungen) für das Hochschulstudium. Nach den einschlägigen Regeln sind Studienplätze nach Leistung zu vergeben, eine hohe Punktzahl in der Gaokao-Prüfung ermöglicht den Zugang zu den besten Universitäten. Zu der Frage, inwieweit konkret eine Parteimitgliedschaft bereits bei der Studienzulassung eine Rolle spielt, liegen der Bundesregierung keine belastbaren Informationen vor.

8. Hat sich die Bundesregierung zum Stand der Freiheit von Forschung und Lehre und der Meinungsfreiheit in der Volksrepublik China generell und an chinesischen Hochschulen im Speziellen eine eigene Auffassung gebildet und, wenn ja, wie lautet diese?
Welche Auswirkungen hat dies nach Einschätzung der Bundesregierung ggf. auf das hiesige Studium von chinesischen Studenten?

Es wird auf die China-Strategie der Bundesregierung vom 13. Juli 2023 verwiesen, insbesondere auf Kapitel 3.6. Bildung, Wissenschaft und Forschung

(Seiten 29 bis 30), Kapitel 4.3. Technologische Souveränität, (Seiten 36 bis 37), Kapitel 4.9. Resilienz gegen Einflussnahme, (Seiten 43 bis 44).

9. Liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten von Ablegern der Kommunistischen Partei Chinas generell und im Speziellen an deutschen Hochschulen und auf deutschen Campi konkrete Hinweise vor, und wenn ja, welche?

Die Fragen 9 und 13 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/1465, insbesondere die Antworten zu den Fragen 4, 5, 6, 7, 14b, 14c, 16, und auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/24163, insbesondere die Antworten zu den Fragen 11 b und 15, verwiesen.

Es wird zudem auf den Verfassungsschutzbericht 2022 (dort Seite 293) verwiesen (Link: www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.html).

10. Liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten chinesischer Botschaften und Konsulate in Deutschland im Zusammenhang mit der Begleitung, Überwachung, Kontrolle und Anleitung chinesischer Studenten in Deutschland konkrete Hinweise vor, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen. Es wird zudem auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/1465, dort insbesondere die Antwort zu Frage 16 und die Vorbemerkungen 1 und 2 der Bundesregierung verwiesen.

11. Hat sich die Bundesregierung zu den Chancen und insbesondere sicherheitsrelevanten Risiken im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und den Aktivitäten chinesischer Studenten in Deutschland eine eigene Auffassung gebildet und, welche ist das gegebenenfalls?
12. Hat sich die Bundesregierung zu den Chancen und insbesondere sicherheitsrelevanten Risiken im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und den Aktivitäten von Absolventen chinesischer Militärhochschulen in Deutschland eine eigene Auffassung gebildet, und welche ist das gegebenenfalls?

Die Fragen 11 und 12 werden im Zusammenhang beantwortet: Es wird auf die China-Strategie der Bundesregierung vom 13. Juli 2023 verwiesen, insbesondere Kapitel 3.6. Bildung, Wissenschaft und Forschung (S. 29 bis 30) sowie Kapitel 4.9. Resilienz gegen Einflussnahme (S. 43 bis 44).

Als Gastgebende sind die Forschungseinrichtungen und Hochschulen zugleich mit in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit auch für diese Personengruppe in Deutschland gilt.

13. Liegen der Bundesregierung über die Entsendung chinesischer Lehrer und Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas zur Überwachung, Kontrolle und Anleitung chinesischer Studenten in Deutschland konkrete Hinweise vor, und wenn ja, welche?

Auf die Antworten zu Fragen 9 und 10 wird verwiesen.

